

Nach dem Papst kam Fidel Castro: Auch in diesem Herbst wird die UN-Generalversammlung zur Kanzel der Weltpolitik. Die Mitglieder predigen Zusammenarbeit, doch seit 1945 gab es 100 Kriege. Hat die UN versagt?

972142

Alle reden über den Frieden

Wie eine hehre Idee an der
Wirklichkeit scheitert

Von Josef Joffe

New York, im November

Um zehn Uhr früh gab es den ersten Fliegeralarm in der Geschichte den Vereinten Nationen. 5000 UN-Beamte stürzten aus dem Glaspalast am *East River* und suchten in den umliegenden Straßen Deckung. „Was sollen wir bloß machen?“ schrie ein verzweifelter UN-Polizist, während ein blau-weiß-rotes Sportflugzeug um das 38stöckige Gebäude kurvte. „Wir haben doch nichts, womit wir das Ding abschießen könnten!“ Das „Ding“, eine einmotorige Cessna 171, wurde von einem verbitterten amerikanischen Schriftsteller gesteuert. Er hatte mit einer „verkürzten Landung“ auf dem Schreibtisch des Generalsekretärs im 38. Stock des UN-Gebäudes gedroht, um seinen Verlag zum Wiedereinbau einiger — wie er fand zu Unrecht gestrichenen — Buchpassagen zu zwingen.

Einige Stunden später schwebte er friedlich auf dem La-Guardia-Flughafen ein; die UN war gerettet.

Nur drei Tage später, am 12. Oktober 1979, stellte Fidel Castro, wortgewaltiger „Sprecher“ der „Blockfreien“, einige Forderungen, die nicht minder erpresserisch klangen — diesmal aller-

dings in der UN, vor der begeisterten 34. Generalversammlung des Vielvölkervereins. *El maximo lider*, „der größte Führer“, erntete den ersten langen Applaus, als er Israels Palästinenserpolitik mit dem Völkermord der Nazis verglich. Und er wurde wieder von lautem Klatschen unterbrochen, als er den globalen Umsturz predigte: „Für uns Revolutionäre ist eine Welt ohne Kapitalismus kein Schreckensbild.“ Der längste Beifall wälte am Ende von Castros Zwei-Stunden-Tirade auf, als er 300 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe für die Dritte Welt forderte und — bei Ausbleiben des Geldes — mit dunklen Worten einen „Holocaust“ androhte, der auch die „Reichen“ verschlingen würde. Anschließend steckte sich Castro im Foyer eine lange Zigarre

zwischen die Zähne und nahm die Gratulationscour des vollbesetzten Hauses entgegen — Umarmungen und Wangenküsse massenweise.

Sind das die Vereinten Nationen: machtlos vor einem verrückten Dichter, aberwitzig und unverzagt, wenn es gilt, in monotoner Regelmäßigkeit auf den Westen einzudreschen?

Die Vision des ewigen Friedens, die einst die 50 Gründernationen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in San Francisco vereinte, hat mit der Wirklichkeit der UN von heute wenig zu tun. Im ersten Artikel der *Charta* setzten sich die Vereinten Nationen drei Ziele:

- „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“
- „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln“
- „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme zu lösen“.

Und drei Jahrzehnte später? Larry McDonald, einer der schärfsten Kritiker der UN im amerikanischen Kongress, klagt: „Für viele Amerikaner war die UN ein Traum, der 1945 Wirklichkeit wurde und sich heute als ein Alptraum entpuppt hat.“ Er hat absurde Dimensionen:

- Aus einer Weltbevölkerung von vier Milliarden Menschen reichen theoretisch 150 Millionen (knapp vier Prozent) aus, um eine Stimmenmehrheit in der UN (derzeit 152 Mitgliedsstaaten) zu erzielen. 150 Millionen ist die Gesamtbevölkerung der 77 kleinsten Mitgliedsstaaten.
- Die zehn größten Beitragszahler kommen für knapp 80 Prozent des UN-Budgets auf. Zieht man die Sowjetunion (13,5 Prozent) und China (5,5 Prozent) ab, dann bleiben acht westliche Länder übrig, die mit ihren Zahlungen 60 Prozent des UN-Haushalts von derzeit 1,1 Milliarden Mark finanzieren.
- Sämtliche arabischen Mitglieder der Opec tragen nur 0,84 Prozent zum UN-Budget bei, während ihr Petrodollar-Reichtum ins Unermeß-

Quelle

ZEI Die Zelt

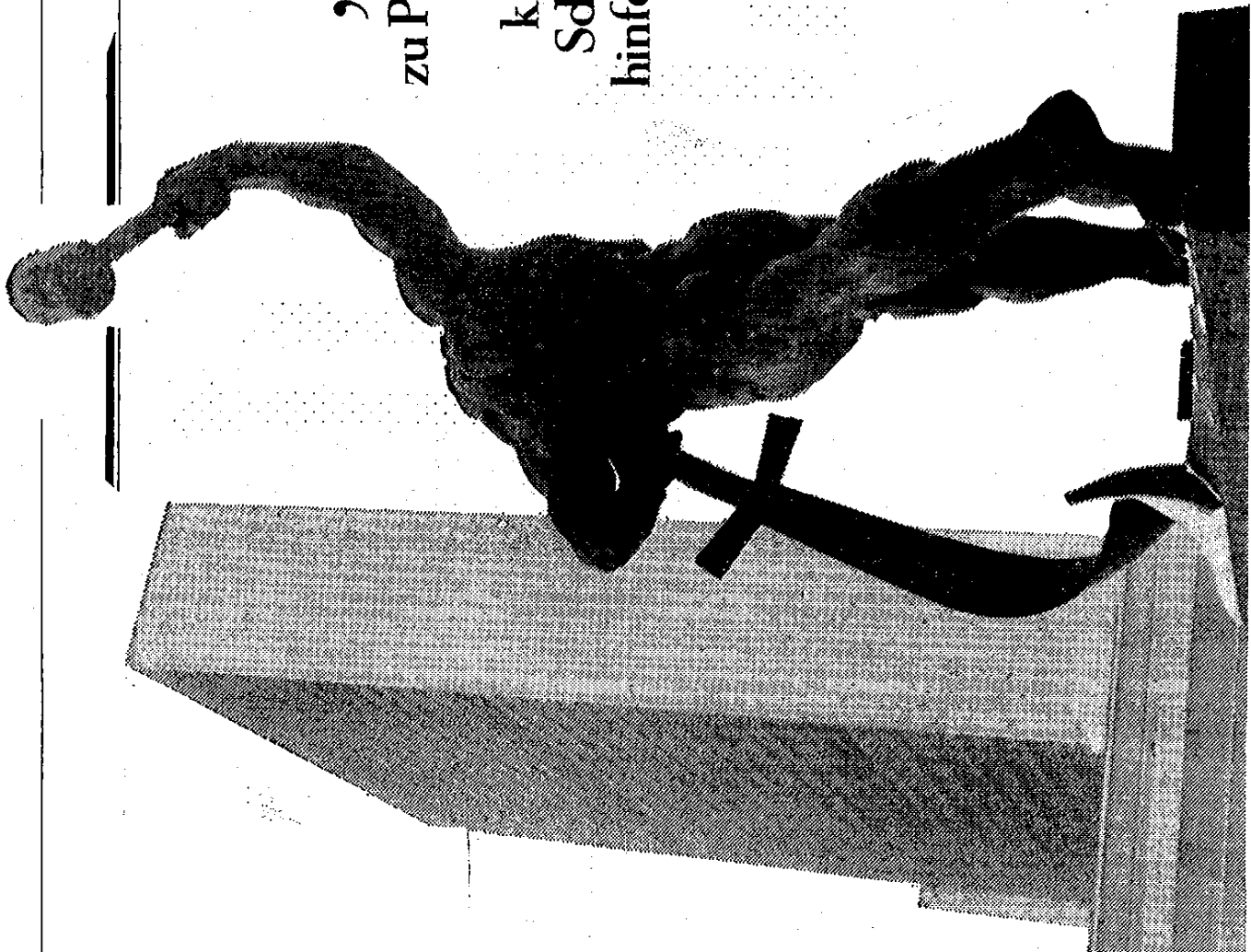
Datum

23. Nov. 1979 48

„Da werden sie ihre Schwerter
zu Pflugscharen und ihre Speiße zu
Sicheln machen. Denn es wird
kein Volk wider das andere das
Schwert erheben, und sie werden
hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu
führen.“

Der Prophet Jesaja, 1, 2

Die Inschrift (oben) prangt an
prominenter Stelle gegenüber dem UN-
Gebäude. Die Sowjetunion schenkte
der UN 1961 eine Skulptur (links), die
das Bibelwort sozialistisch-realistisch
verkörpert.



Quelle

liche steigt. Saudi-Arabien zahlt 0,23 Prozent, dreimal weniger als Dänemark; der Irak zahlt 0,08 Prozent, soviel wie der Mini-Staat Singapur.

• Die UNDP — das UN Entwicklungsprogramm — hat das Kunststück fertiggebracht — so der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer — „ihre Mittel für 1977—1981 so einzusetzen, daß die Opec-Staaten erheblich mehr Mittel erhalten als sie zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer einzahlen“.

Doch dies sind nicht die einzigen Widersprüche der Vereinten Nationen. Was Wunder, daß

Daniel Moynihan, 1975 und 1976 amerikanischer Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen, die UN als Ort verdammt, „wo die Mehrheit der Nationen einen Generalangriff gegen die Grundsätze der liberalen Demokratie führt, die heute nur noch in einer schrumpfenden Minderheit der Nation verwirklicht werden“.

Seine offenen Worte machten Moynihan, ehemals ein Liberaler, zum Liebling des amerikanischen Neokonservatismus — wie denn auch hierzulande UN-Schelte ein Privileg der „rechten Opposition“ zu sein scheint. Jürgen Todenhöfer, CDU-Sprecher für Entwicklungshilfe, prangert zum Beispiel ein anderes „Grundübel der UN“ an — „ihre an Zynismus nur schwer zu überbietende doppelte Moral“.

Jahrelang — bis 1973 — hat die Bundesrepublik ohne volle UN-Mitgliedschaft existiert, ohne

in ihrer ohnehin komplexen Außenpolitik zwischen Hallstein-Doktrin und Grundlagenvertrag Schaden zu erleiden. Heute betrachtet der UN-Botschafter der Bundesrepublik, Rüdiger von Wechmar, den politischen Wert der UN-Mitgliedschaft ohne Pathos: „Außenminister Genscher kommt Jahr für Jahr nach New York, weil er all seine Kollegen hier treffen kann — billiger und zeitsparender als irgendwo anders.“

Wechmar hat die Bundesrepublik in den vergangenen zwei Jahren im Sicherheitsrat vertreten: „Wir haben uns in dieser Rolle Respekt für unsere ausgewogene und feste Haltung erworben.“

Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Finanzier der UN; sie zahlt in diesem Jahr 65 Millionen Mark, die DDR 11,3 Millionen Mark. Beide deutsche Staaten sind in der Beamtenhierarchie unterrepräsentiert. Von 145 „westdeutschen“ Posten hat Bonn nur 81 besetzt. Das Mißverhältnis bei der DDR ist noch frappierender: 26 Planstellen, davon sind erst zwölf in ostdeutscher Regie. Der Grund — so Kurt Debatin, als Unter-Generalsekretär der höchste deutsche Beamte in der UN: „Die Deutschen sind zu spät gekommen; die Stellen waren alle schon besetzt.“

Welchen Nutzen zieht Bonn aus dem UN-Beitritt?

Rüdiger von Wechmars lapidare Antwort: „Es gilt manches zu erreichen und vieles zu verhindern, zumindest abzumildern. Wir haben uns um die Konvention gegen Geiselnahmen bemüht, und wir haben versucht, Vernunft in die Debatte über die ‚Neue Weltwirtschaftsordnung‘ zu bringen.“ Etwas getragener sagt er schließlich: „Wir müssen Verantwortung übernehmen.“

Wechmar will im nächsten Jahr für die Präsidentschaft der Generalversammlung kandidieren. Seine Chancen sind sehr gut. Doch wie gut sind

seine Chancen, den Vielvölkerhaufen in die Verantwortung zu nehmen?

Selbst ein UN-Freund wie William Maynes, im State Department als Unterstaatssekretär für die internationalen Organisationen zuständig, muß zugeben: „Hauptaufgabe der UN ist die Sicherung des internationalen Friedens. Obwohl seit 1945 kein Weltkrieg ausgebrochen ist, gab es doch viele kleine Kriege. Dies ist immerhin ein Beweis, daß die Weltorganisation bei ihrer wichtigsten Aufgabe versagt hat.“ Nur — es wäre zuviel der Ehre für die UN, schiebt man ihr allein die Schuld an dieser Misere zu. Um Karl Marx' Urteil über die Philosophen abzuwandeln: Die UN kann die Welt nicht verändern, sie kann sie allenfalls erklären. Denn die Vereinten Nationen sind immer nur ein Spiegelbild — häufig genug bloß ein Spielball — der Weltpolitik gewesen. Kants Traum vom „Ewigen Frieden“ ist auch nach dem Völkergemetzel des Zweiten Weltkriegs nur eine leere Hoffnung geblieben, die immer wieder an der brutalen Wirklichkeit nationaler Interessen zerschellen mußte.

Gegründet wurde die UN im Jahr 1945, um den blutig wiederhergestellten weltpolitischen Status quo abzusichern — und, um Amerika möglichst rasch den Rückzug aus der globalen Verantwortung zu ebnen. Doch schon fünf Jahre später geriet die UN zur Waffe der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg: Die „Uniting for Peace“-Resolution der Vollversammlung verließ der amerikanischen Intervention in Korea den Anschein einer universalen „Friedensmission“. Im Korea-Feldzug unter dem blauen UN-Banner (1950—1954) traten die Vereinten Nationen zum ersten- und letztenmal nicht nur zwischen die Streithähne (wie etwa im Sinai), um einen Waffenstillstand zu überwachen, sondern sie marschierten mit vereinter Kraft gegen einen Aggressor auf.

Der Koreakrieg signalisierte das Ende der hehren Idee von der „kollektiven Sicherheit“ nach

dem Motto: Alle für einen, und jeder für alle. Mit dem Entkolonialisierungsprozeß, der Jahr für Jahr neue Staaten aus Afrika und Asien in die Generalversammlung hob, brach eine zweite Phase an: Die „automatische Mehrheit“ des Westens schmolz dahin. Dafür wuchs der Block der „Neutralen“. Ein Jahrzehnt lang (etwa von 1955 bis 1965) buhlten die Supermächte um die Stimmen der UN-Novizen. Doch seit dem Ende der sechziger Jahre, als die „Ungebundenen“ die totale Mehrheit in der Generalversammlung errangen, verwandelte sich die Organisation der Vereinten Nationen zum propagandistischen Kampfinstrument der Dritten Welt. Heute gehören über 100 der 152 Mitgliedstaaten zur Dritten und Vierten Welt in Afrika, Asien und (zum Teil) Lateinamerika. In der Generalversammlung, wo die Großmächte (USA, Sowjetunion, China, England, Frankreich) kein Veto wie im Sicherheitsrat einlegen können, sind automatische Mehrheiten gegen den Westen zwar nicht zur Regel, aber doch zur Routine geworden.

Eine unsägliche „Tyrannei der Mehrheit“, wie sie einst Daniel Moynihan genannt hat? Sein heutiger Nachfolger im Amt des amerikanischen Chef-Delegierten, Donald McHenry, lächelt dünn: „Als wir in den fünfziger Jahren über eine sichere Mehrheit verfügten, war ‚Tyrannei‘ wohl nicht der passende Ausdruck.“

972144

müssen verantwortung übernehmen.

Wechmar will im nächsten Jahr für die Präsi-

dentlicher Nachfolger im Amt des amerikanischen

Quelle

Datum

Reaktionär und Roter Teufel

Der ideologische Wandel im eindrucksvollen Großraum der UN an New Yorks 1st Avenue läßt sich am deutlichsten an den Personen der Generalsekretäre ablesen. Der erste Generalsekretär war Trygve Lie (1946—1952), Sozialdemokrat und am Tag seiner Wahl Außenminister des zukünftigen Nato-Mitglieds Norwegen. Die Sowjetunion hat den farblosen Diplomaten mit den ewig zerknautschten Anzügen dennoch akzeptiert — vielleicht, wie ein ironischer Kenner spekuliert, weil sie ihm wegen seiner Körperfülle (220 Pfund) kein Draufgängertum zutrauten; vielleicht aber auch, weil sie das politische Gewicht seines Amtes unterschätzten, das eher als Bürovorsteherposten konzipiert worden war. Anstatt beflissen zu taktieren, griff Trygve Lie freilich nach allen Befugnissen, die ihm die Charta nicht ausdrücklich absprach. Er war es, der zusammen mit den Amerikanern im Juni 1950 jene „Uniting for Peace“-Resolution durch die Generalversammlung rammte, welche den Krieg gegen Nordkorea als Mission im Dienste der gesamten Staatengemeinschaft absegnete. Es half Lie wenig, daß er vehement auf seine Unvoreingenommenheit pochte: „Man nennt mich sowohl ‚Reaktionär‘ als auch ‚Roter Teufel‘. Solange das anhält, muß ich wohl als unparteiisch gelten.“ Die Sowjets haben ihm nie verziehen; Ende 1952 mußte er abdanken.

Bevor Dag Hammarskjöld 1953 als Lics Nachfolger gekürt werden konnte, scheiterte ein gutes Dutzend Bewerber aus aller Welt am Veto der Russen. Doch auch der unbekannte Schwede entpuppte sich rasch als rastloser Aktivist, der — so sein eigenes Bekenntnis anlässlich seiner Wiederwahl im Jahre 1957 — überzeugt war, „daß der Generalsekretär auf eigene Faust handeln sollte, wenn er es im Falle eines politischen Vakuums für richtig hält“. Indes — Hammarskjöld sollte ebenfalls zwischen den Fronten des Kalten Krieges scheitern. Als der Kongo 1960 nach dem Rückzug Belgiens im Chaos der Macht- und Stammeskämpfe zu zerfallen drohte, mobilisierte Hammarskjöld eine 20 000-Mann-Armee, die ursprünglich das Plazet beider Supermächte erhielt. Als aber der „Manin des Westens“, Kasavubu, die Oberhand über den prosowjetischen Lumumba gewann (der später ermordet wurde), wurde Hammarskjöld für die Sowjets buchstäblich zur Unperson. Selbst nach seinem mysteriösen Tod (sein Flugzeug explodierte über dem Kongo) weigerten sich die Russen, eine Kondolenzklärung zu unterschreiben, die den Toten als „Generalsekretär“ titulierte.

Unter dem Burmesen U Thant (1961—1971) brach schließlich die „moderne“ Ära der Vereinten Nationen an — die Vorherrschaft der afro-asiatischen Staaten. Unter dem selbstverkündeten Doppelmotto seines Tuns, „Demut“ und „Harmonie“, überlebte U Thant zehn Jahre lang in seinem hohen Amt, weil er stets die Wünsche der Mächtigen respektierte. Sein unstillbares Harmoniebostreben verleitete ihn im Mai 1967

dazu, den Wunsch des panarabischen Helden Nasser nach dem Abzug der UN-Truppen im Sinai zu gewähren — im 48stündigen Eilverfahren. Knapp drei Wochen später brach der Sechstage-Krieg aus. U Thant rang die Hände.

Doch er blieb stumm, als der Bürgerkrieg in

Nigeria — schon damals einer der mächtigsten Staaten Afrikas — zum Völkermord in Biafra ausartete. Und U Thant war demütig genug, auf eine für August 1968 angesagte Prag-Reise zu verzichten, weil inzwischen andere Besucher erschienen waren: die Interventionstruppen des Warschauer Paktes.

Sein Nachfolger Kurt Waldheim, seit 1972 im Amt und „Meister im Umschiffen schwieriger Probleme“ (so das Wiener Magazin *Profil*), hat die Geheimnisse seines dauerhaften Amtslebens besser ergründet als seine drei Vorgänger: „Ich bin Realist — als gewachsener Österreicher“ (siehe ZEIT-Interview auf Seite 20). Tunesiens Vertreter in New York, Mahmud Mesiri, einst Botschafter in Bonn und heute eine einflussreiche Figur in der „Gruppe der 77“ (die mittlerweile auf 119 Länder der Dritten Welt angeschwollen ist), kennt einen anderen Grund für Waldheims grenzenlose Geschmeidigkeit: „Er ist ein ewiger Kandidat.“ Mit dieser vernichtenden Diagnose ist für den quirligen Tunesier das Thema Waldheim beendet. Ein Waldheim-Untergebener aus den höheren Etagen fügt später hinzu: „Waldheims Dauerkandidatur hebt nicht gerade den Respekt für seinen Posten.“ Seine Chancen, 1981 eine dritte Amtszeit zu verdienen, sind gut. Denn stets hat er den Willen der UN-Mehrheit im Auge behalten — wie etwa im Jahr 1976, als er die israelische Aktion zur Befreiung von Geiseln

in Entebbe platterdings als „Verletzung der ugandischen Souveränität“ brandmarkte, während Idi Amin als erstes Staatsoberhaupt der Welt aktiv an einer Terroraktion teilnahm — und eines der Opfer, die Britin Dora Bloch, umbringen ließ.

Die Umkehr der Mehrheitsfronten in New York läßt sich heute genau datieren — auf jenen „Moment der Niedertracht“ im Jahr 1971

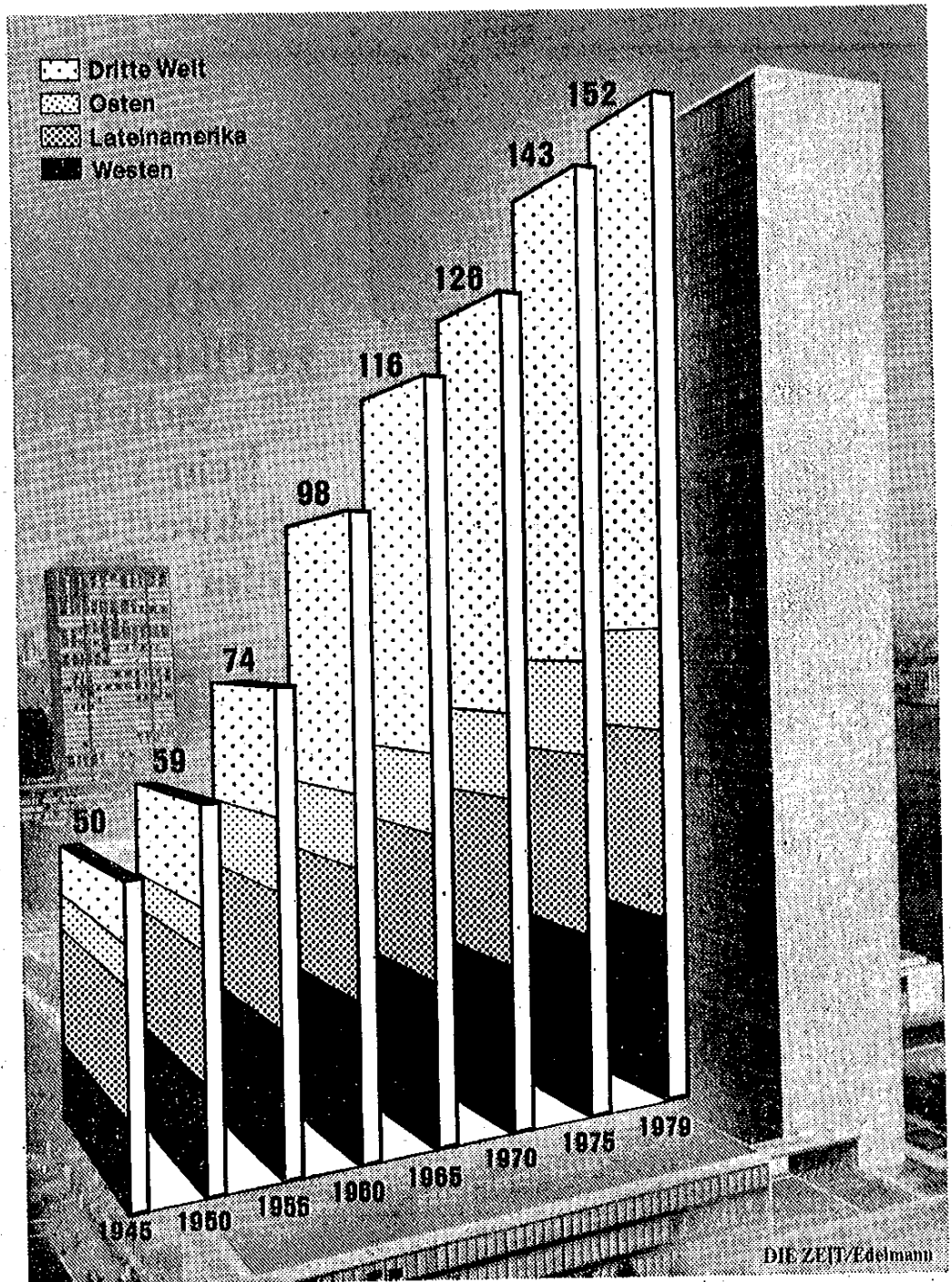
Die UN im Friedenseinsatz UN-Beobachter

1947	Indonesien
1948	Palästina
1949	Kaschmir
1950	Korea
1958	Libanon
1965	Pakistan — Indien
1967	Ägypten und Syrien
1973	Vietnam

UN-Truppen

1950	Korea
1957	Sinai — Gazastreifen
1960	Kongo
1962	West-Irian
1963	Jemen
1964	Zypern
1973	Ägypten
1974	Syrien
1978	Libanon

972145



Die UN im Wandel der Mehrheiten: In der 50er Jahren gab es für den Westen automatische Stimm-siege – mit Hilfe Lateinamerikas. Im nächsten Jahrzehnt eroberte die Dritte Welt den Glaspalast

DIE ZEIT/Edelmann

(so der US-Delegierte George Bush), als die Generalversammlung Taiwan aus der UN ausschloß und dafür die „legitimen Rechte“ der Volksrepublik China wiederherstellte. Zwei Jahrzehnte lang war es den Vereinigten Staaten gelungen, die Aufnahme Chinas als „wichtige Frage“ zu definieren, die eine Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung erfordert. 1970 hatte die Generalversammlung noch mit 66 zu 52 Stimmen für Amerika gestimmt; ein Jahr später kam die abrupte Wende: Der amerikanische Versuch, Peking fernzuhalten, wurde mit 59 zu 55 Stimmen abgeschmettert.

Das Forum als Feme-Gericht

Dennoch brachte gerade dieser Prestigeverlust eine bemerkenswerte Entlastung für die amerikanische Politik: Mit dem Einzug der Chinesen verwandelte sich der Sicherheitsrat zur Kampfarena Moskaus und Pekings. Im Oktober 1960 konnte ein schuhschwingender Chruschtschow noch im Alleingang vor den UN-Delegierten für Unterhaltung und Schrecken sorgen („Wir produzieren Raketen in Massen so wie warme Würstchen“); im Oktober 1973 durfte dann die ganze Welt zusehen, wie die beiden feindlichen kommunistischen Brüder ausgerechnet im Sicherheitsrat zur „Waffe“ griffen: Die USA und die Sowjetunion hatten gerade einen gemeinsamen Entwurf zur Wiederherstellung der Waffenruhe zwischen Ägypten und Israel eingebracht, als der chinesische Vize-Außenminister Chiao Kuan-hua zum lautstarken Protest gegen die „Doppel-Hegemonisten“ anhub. Fünfmal wurde er vom Sowjet-Delegierten Jakob Malik mit dem Ruf nach Abstimmung unterbrochen. Schließlich zischte ihm Chiao an: „Legen Sie sich doch etwas mehr Stil zu!“ Malik sprang auf, hochrot im Gesicht; beide gingen aufeinander los — mit Bleistiften gleich Stiletten in den Händen. Fuchtelnd setzten sie ihr Rededuell fort — zwischen ihnen nur ein hilfloser Dolmetscher, voll auf damit beschäftigt, die Beleidigungen ins „Diplomatische“ zu übersetzen.

In den folgenden Jahren geriet das UN-Forum zum Femegericht, wo Ankläger, Geschworene und Richter praktischerweise gleich identisch waren: 75 arabische, afrikanische und asiatische Staaten, die zusammen mit den Moskau-treuen Sozialisten zwei Drittel aller Stimmen mobilisieren konnten. Anti-westliche Mehrheiten wurden wie am Fließband produziert. Oder, wie der Botschafter eines großen afrikanischen Staates zugeben mußte: „Meine Regierung hat mich wie folgt instruiert: Stimme stets mit den Afro-Asiaten. Wenn es keine gemeinsame afro-asiatische Position gibt, stimme mit den Arabern. Wenn diese sich nicht einig sind, stimme mit der arabischen Mehrheit.“

Südafrika wurde nach diesem Stimmschema vor fünf Jahren aus der Generalversammlung ausgeschlossen — in flagranter Verletzung der *Charta*, die dieses Empfehlungsrecht nur dem Sicherheitsrat zuspricht.

Im selben Jahr empfing die UN den PLO-Führer Jassir Arafat mit allem Pomp und allen Ehrungen, die sonst nur einem Staatsmann und dem Papst zuteil werden. Arafat, wie üblich halbrasiert, trat mit umgeschnalltem Pistolengürtel vor die Versammlung (ob mit oder ohne Waffe, blieb ungeklärt) und forderte einen „demokrati-

schon, sekulären Staat in Palästina“ — ein Ersatzbegriff für „Liquidierung des Staates Israel“.

Und ebenfalls im Jahr 1974 wurde Israel aus der *Unesco* ausgeschlossen — einer Organisation, die der weltweiten wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gewidmet ist.

„Bis vor einem Jahr“, jammerte ein westlicher UN-Diplomat im *Spiegel*, „konnten wir uns das Treiben der Negerstaaten in der UN wie in einer Manege angucken und brauchten es nicht weiter ernstzunehmen. Aber jetzt“ — also ein Jahr nach dem erfolgreichen Einsatz der Ölwanne — „sieht es so aus, als ob wir selbst zur Belustigung der anderen in der Manege sitzen.“

Der jordanische UN-Botschafter Abdul Scharaf sagte dasselbe — nur etwas diplomatischer: „Die alte Machtelite hat abgedankt. Sie sollte ihre anachronistischen Frustrationen freilich nicht in eine Anti-UN-Haltung umsetzen.“ Ein algerischer UN-Diplomat wußte Tröstliches: „Jahrelang hat der Westen seinen Willen durchsetzen können. Jetzt sind wir an der Reihe. Ihr werdet euch schon daran gewöhnen.“

Der Westen hat sich an die neuen Machtverhältnisse gewöhnt — die Europäer schneller als die Amerikaner. Die letzte Schlacht wurde von Patrick Moynihan geschlagen. Es war der 10. November 1975, der Jahrestag der „Kristallnacht“ (am 10. November 1938 überfielen die Nazis Deutschlands Synagogen), als der amerikanische UN-Botschafter Moynihan der Generalversammlung entgegenschmettete: „Die Generalversammlung gewährt heute den Mördern von sechs Millionen Juden eine symbolische Amnestie... Die Vereinigten Staaten erklären hiermit vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und vor der Welt, daß sie diesem niederträchtigen Schritt nicht zustimmen, daß sie sich nicht daran halten werden und daß sie niemals dazu schweigen werden.“

„Obszöne Revolution“

Was war geschehen? In einer inzwischen berichtigten Resolution hatte die Vollversammlung-Mehrheit festgestellt, „daß Zionismus eine Form von Rassismus und Diskriminierung ist“. Der israelische Botschafter Chaim Herzog zerriß vor den Delegierten die Resolution. Der Vertreter der Bundesrepublik Rüdiger von Wechmar zürnte: „Dies ist ein schwarzer Tag für die Vereinten Nationen. Ich bin stolz auf die Nein-Stimme, die ich heute abgegeben habe.“

Die sowjetische Nachrichtenagentur *Tass* lobte hingegen die Abstimmung (72 dafür, 35 dagegen, 32 Enthaltungen) als eine „große Entscheidung“.

Moynihan sagte später: „Ob ich eine Krise wegen dieser obszönen Resolution entfacht habe? Natürlich, verdammt noch mal!“

Vier Monate nach dem Eklat trat Moynihan zurück. Auch Henry Kissinger (Moynihan: „Er verachtete die UN“) hatte genug von der Konfrontation. Der Westen hatte sich daran gewöhnt, daß die anderen „an der Reihe waren“.

Geblichen aber sind die alten Fronten: Israel, das südliche Afrika und die „Neue Weltwirtschaftsordnung“, genauer, die Forderung nach der massiven Einkommens-Umverteilung zwischen Nord und Süd. Was das Nord-Süd-Problem betrifft, so überläßt der Ostblock dem westlichen Zahlmeister gerne „den Vortritt“, denn,

scharfsordnung“, genauer, die Forderung nach der massiven Einkommens-Umverteilung zwi-

972147

so die alte, zumal aus Moskau wiederkehrende Litanei: „Wir haben schließlich nie Kolonien bekommen.“ Der sowjetische Entwicklungsländer-Ökonom Tjulpanow versicherte obendrein treuherzig: „Sozialistische Länder produzieren keinen Mehrwert — sie können darum auch keine Kredite im Stil des Kapitalismus aus ihrer Volkswirtschaft abzweigen.“

Nur ein Prügelknabe der Anti-Imperialisten ist inzwischen von der Sünderbank verschwunden: Chile. Die Routine-Bannflüche gegen Chile verschwanden plötzlich von der Tagesordnung der UN — nicht, weil sich das Regime gemäßigt hatte, sondern weil die lateinamerikanischen Staaten nicht mehr gewillt waren, einen der „Ihrigen“ an den Pranger der afro-asiatischen Welt zu stellen.

Und überhaupt — die Stimmen der Selbstgerechten in der UN „sind leiser geworden“ — so der amerikanische UN-Botschafter Donald McHenry in seiner sorgfältig abgeschotteten Mission gegenüber dem Glaspalast. Woran liegt das?

Rüdiger von Wechmars Antwort: „Die Gruppe der 77, der Block der Dritten Welt, der mittlerweile knapp 120 Mitglieder umfaßt, bröckelt langsam ab. Wir haben diesen Trend indirekt ermuntert, indem wir eine Politik des *benign neglect*, der ‚wohlwollenden Nichtbeachtung‘ führen. Wenn die Afrikaner unsere Südafrika-Beziehungen attackieren, dann weise ich nur kühl auf die vielfältigen Wirtschaftsverflechtungen zwischen den größten Schreibern und der ‚Apartheid‘-Republik hin.“

In diesem Jahr sind zumindest die Risse in der Stimm-Gemeinschaft der Dritten und kommunistischen Welt deutlich geworden. Auf der Blockfreien-Konferenz in Havanna hatte es Castro noch geschafft, den Vertretern des entmachteten Pol Pot-Regimes Stimme und Sitz zu entziehen. Im Herbst konterte die Generalver-

Tunesiens Machmud Mesiri, im Vorjahr Sprecher der „77“, gibt zu: „Napoleon hat einst gesagt, daß man auf Bajonetten nicht sitzen kann. Wir haben inzwischen lernen müssen, daß man auch auf Resolutionen nicht sitzen — geschweige denn vorwärtskommen kann. 120 Stimmen für eine Resolution ändern eben nichts an den harten Tatsachen. Den Ärmsten unter uns, die sonst blind mit den Arabern stimmten, ist es auch nicht entgangen, daß sie Öl zu steigenden Preisen von der Opec importieren müssen.“ Und er fügt hinzu: „Die Ideologen der ‚77‘ sind genauso heuchlerisch wie Ihr im Westen.“

Mesiri ist ein Gemäßigter. Aber auch die Scharfmacher der Dritten Welt trauern den besseren Zeiten nach, als die Solidarität noch billig war und rhetorische UN-Blitzsiege gegen den Westen das Versagen an der Heimatfront — gegen Armut und soziale Spannungen — maskieren konnte. Ein arabischer Diplomat: „Wir brauchen den Gegner Moynihan, weil er uns inspiriert und geeint hat. Wir sollten ihm eigentlich ein Denkmal setzen.“

In der Tat: Dieser Buhmann kam zur rechten Zeit. Denn das demokratische Furnier der nachkolonialen Gesellschaften war schon längst abgewetzt. Ihre politischen Führer waren zwar unter dem Banner der Befreiung vom Kolonialjoch, der sozialen Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Wachstums angetreten. Doch sie haben an allen drei Fronten versagt. Die Kolonialherren sind verschwunden, an ihre Stelle sind Diktaturen, Prätorianerregime und Einparteienstaaten gerückt. Die Freiheit ist ein hehrer, aber leerer Traum geblieben, ebenso wie die Vision vom materiellen Wohlstand. Die neuen Herrscher mußten sich — und die neue Unterdrückung — rechtfertigen. Was lag näher, als „den Westen“ vor dem globalen Forum zum Sündenbock für die eigenen Schwierigkeiten zu machen. Rassismus, Neo-Kolonialismus und Ausbeutung wurden vor dem Publikum der Vereinten Nationen zum Mythos zusammengestrickt, der alles erklärte und alles entschuldigte, insbesondere das eigene Versagen. Letztlich wurde die UN zum Schlachtfeld, wo die Innenpolitik mit anderen Mitteln fortgeführt werden konnte.

Kein Wunder, daß seit Jahren die große Weltpolitik in anderen Foren gestaltet wird. Über Rüstungskontrolle wird im Rahmen von Salt und MBFR verhandelt, über den immer größeren Waffenstransfers in die Dritte Welt versuchen sich die beiden Supermächte *à deux* zu einigen. Eine Rhodesien-Lösung wird in London ausgehandelt; der Durchbruch im Nahen Osten wurde nicht im Glaspalast, sondern in Jerusalem, Kairo und Camp David erzielt. Und die Ölpreise setzt die Opec fest.

Welche Rolle also bleibt dann für die UN übrig?

Als *Skylab* im vergangenen Sommer auf australischem Boden zerschellte, höhnte der Londoner *Daily Express*: Ein besserer Einschlagsort wäre das New Yorker UN-Gebäude gewesen, „das Weltzentrum für Humbug und Heuchelei“.

Yehuda Blum, Israels UN-Botschafter, per status ein Außenseiter, klagt: „Hier hat niemand

Die zehn größten UN-Beltragszahler

Mitglieder	Beltragshöhe in Millionen	
	Beltragssatz	Dollar
Vereinigte Staaten	25,0 %	143,0
Sowjetunion	13,5 %	77,3
Japan	8,6 %	49,4
Bundesrepublik	7,7 %	44,0
Frankreich	5,8 %	33,2
China	5,5 %	31,4
Großbritannien	4,5 %	25,8
Italien	3,4 %	19,3
Kanada	3,0 %	17,3
Australien	1,5 %	8,8

sammlung diesen Beschluß: Sie stimmte 71 zu 34 für die Akkreditierung des alten Kamputschea-Regimes und damit gegen die Marionetten-Regierung der vietnamesischen Eroberer.

Donald McHenry, Washingtons Mann in der UN: „Die Afro-Asiaten hören uns wenigstens wieder zu — vielleicht weil auch wir unsere Stimme gesenkt haben.“

Quelle

mehr ein offenes Ohr für uns. Selbst wenn wir eine Resolution einbrächten, die nur die Zehn Gebote enthielte, würden wir niedergestimmt werden.“

Sollte man also die Organisation abschaffen? Sogar die Israelis, die manchen Grund hätten, selbst die Axt anzulegen, lehnen das ab. Blum: „Die Ideale der UN sind vernünftig. Auch wenn die UN diese Werte verraten hat, spielt sie doch eine wichtige Rolle in der Außenpolitik Israels. Ich habe das Recht auf Antwort; ich demonstriere mit meinem Hiersein unsere Mitgliedschaft in der Familie der Nationen; und ich kann, trotz aller Feindschaft, wenigstens versuchen, unsere Politik zu erläutern, auch — oder gerade — außerhalb der Versammlung. Ich verbringe jeden Tag mindestens zwei Stunden am Telefon.“

Und noch einer singt das — gedämpfte — Hohelied der UN: Dr. Barry Auguste. Er vertritt das jüngste, wenn auch nicht das kleinste Mitglied der Vereinten Nationen, Saint Lucia, Bevölkerung: 110 000. „Unser Hauptinteresse ist ein höherer Lebensstandard, und die UN ist der Ort, wo es Entwicklungshilfe gibt, ohne daß wir uns in die große Politik verstricken müßten. Ohne die UN stünden wir allein in der Welt — im Gegensatz zu einem Land wie die Bundesrepublik, die in vielfacher Weise eingebettet ist: in die NATO, die EG, die OECD, den Weltwährungsfonds...“ Der vielbeschäftigte Auguste ist gleichzeitig Botschafter in Washington, Ottawa und bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Seine Vertretung in New York betreibt nebenher die Touristenwerbung für Saint Lucia.

Und die Großmächte? Was haben die Vereinigten Staaten von einer Organisation, die sie zwar zu 25 Prozent finanzieren, aber kaum noch goutieren? Nur noch ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung glaubt, daß die UN „gute Arbeit“ leistet; vor zwanzig Jahren waren es 87 Prozent.

„Die Vereinten Nationen“, glaubt Amerikas UN-Botschafter Donald McHenry, „erleichtern oder ermöglichen Initiativen, die bilateral kaum verwirklicht werden könnten. Erstens: Wir hätten kein Hilfsprogramm für Kambodscha ohne die UN organisieren können; das wäre als Einmischung abgewiesen worden. Zweitens: Die UN ist ein ‚diplomatisches Niemandsland‘, wo wir die Kontakte zu Kuba, China, Nord-Vietnam oder Angola knüpfen und aufrechterhalten konnten. Drittens brauchen wir die UN als

Schirm für unsere friedentiftenden Aktionen — für die Trennung der Streithähne in Zypern, für das zweite Sinai-Abkommen und für die Eindämmung des libanesischen Bürgerkrieges.“

„Die UN funktioniert am besten, wenn sie nicht zwischen die Räder der Weltpolitik gerät“, urteilt Jürgen Dedring, ein deutscher Mitarbeiter in der Abteilung für Sicherheitsratsfragen. „Das Entwicklungsprogramm UNDP leistet Entwicklungshilfe im besten Sinne des Wortes — etwa bei der Züchtung widerstandsfähiger Getreidesorten oder bei der Erschließung von Wasserquellen in Trockenzonen.“ Ein anderes Beispiel: „Der UNHCR — der

Datum
Flüchtlingskommissar — hat blendende Arbeit geleistet.“ Arbeit gab es genug: 50 Millionen Flüchtlinge seit dem 2. Weltkrieg.

Für mittlere Mächte wie Italien oder die Bun-

desrepublik stellen sich, wie anders, nur mittel-mäßige UN-Probleme. Und so vermag Rüdiger von Wechmar noch Pluspunkte zu sammeln, wo seine amerikanischen Kollegen verzagen müssen.

„Wechmar ist sehr beliebt in New York“, weiß eine journalistische Veteranin des UN-Schauplatzes. Seine Popularität kam nicht von ungefähr: Auf einer der vielen Begrüßungspartys zu Beginn seiner Amtszeit fiel den Gästen ein hochgewachsener Mann im Rollkragenpullover auf, der freundlich lächelnd fragte: „Hi, ich heiße Rudi. Was möchten Sie trinken?“ Es war der neue deutsche Botschafter, der seitdem als „Rudi the bartender“, „Rudi der Barkeeper“, in die Annalen der Vereinten Nationen eingegangen ist. Wechmar: „Ich gehe jeden Abend auf drei Empfänge. Freitags sogar auf vier — um Lücken in den Berichten meiner Mitarbeiter aufzuspüren oder um Meinungen und Standpunkte loszuwerden.“

Wechmar ist nicht nur wegen seiner Größe eine herausragende Gestalt. Als er jüngst aus dem Speisesaal der Delegierten in die Lobby trat, kam die Starjournalistin des amerikanischen Fernsehens, Barbara Walters, auf Wechmar zu und fragte: „Hello, Mr. Ambassador, erinnern Sie sich noch an mich? Ich heiße Barbara Walters.“ Diese Frage wird fast immer nur umgekehrt gestellt.

Wechmars lockere Art ist in Wirklichkeit dem Ortsklima angemessen; denn „vereint“ sind die Vereinten Nationen stets dann, wenn die Politik vorüber ist, beim Cocktail nach der Pflicht.

Die wichtigsten Kontakte werden in der „Delegates Lounge“ — dem UN-Kasino geknüpft. Die Lounge ist immer voll. Sie ist neutraler Boden. Hier können die Vertreter verfeindeter Staaten miteinander an der Bar stehen, hier werden Journalisten mit Nachrichten und Gerüchten versorgt, obwohl sie eigentlich keinen Zutritt haben. Oder, wie es der Tunesier Mesiri ausdrückt: „Wenn wir unsere Reden abgelesen haben, können wir hier miteinander reden.“

Über allen prangt ein scheußlicher Riesengobelin *made in China*. Er zeigt eine chinesische Hügelandschaft (Stilrichtung: „Röhrender Hirsch“), komplett mit Chinesischer Mauer. Und damit niemand auf die Idee käme, daß es sich um eine vorrevolutionäre Arbeit handelt, sind in der rechten Ecke drei kleine Autos abgebildet.

Gegenüber dem UN-Glaspalast am New Yorker Hudson-River ist eine Tafel in eine Wand eingelassen. Auf ihr sind Jesajas Worte zu lesen: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen...“

Die Tafel ist mit Sgraffiti beschmiert; die New Yorker gehen achtlos an ihr vorbei.

972149

ZEIT-Interview mit
 UN-Generalsekretär Kurt Waldheim

972139

C
tl. R.

„Ich bin ein Realist“

Z *ZEIT:* Herr Generalsekretär, jeden Herbst, zum Beginn der alljährlichen Generalversammlung trifft sich die ganze Welt bei Ihnen — Staatschefs, Premiers, Außenminister. Die UN steht ein paar Wochen lang im Rampenlicht, aber trägt dieser schöne Schein nicht? Steht die UN nicht außerhalb der eigentlichen Kraftlinien der Weltpolitik, werden die Entscheidungen nicht anderswo getroffen?

Waldheim: Ich habe immer gesagt, daß wir zur Lösung internationaler Probleme beides brauchen: bilaterale und multilaterale Politik. Das ist das Neue in den internationalen Beziehungen, und das hängt mit der Entwicklung der Welt zusammen, daß heute alles, wie man so schön im Englischen sagt, „inter-related“ ist, im Deutschen würde man sagen...

ZEIT: „Interdependenz?“

Waldheim: Na ja, bitte, das ist kein deutsches Wort. Aber es gibt offenbar kein anderes. Ich glaube aber, daß es diese Interdependenz gibt. Sie können heute einen Krisenherd nicht isolieren, und das führt dazu, daß die Bedeutung der internationalen Organisationen gewachsen ist, trotz aller Kritik, daß die UN nur eine Quatschbude ist. Schauen 'S, ich bin hier ein Realist, wissen Sie, als gewachsener Österreicher. Ich möchte dennoch betonen, daß die Vereinten Nationen ein unerlässliches Instrument der internationalen Politik geworden sind, weil sie eine notwendige Ergänzung der bilateralen Politik darstellen. Wie oft kommen die Probleme zurück zu den Vereinten Nationen, wenn sie bilateral oder regional nicht mehr gelöst werden können. Beispiel: Die Konferenz in Paris über den Nord-Süd-Dialog, über eine neue Weltwirtschaftsordnung, wo gesagt wurde, das kann man doch nicht in den Vereinten Nationen, mit hundertfünfzig Staaten aushandeln. Daher wählen wir 27 Staaten, geographisch verteilt... Nichts ist herausgekommen, weil der politische Wille gefehlt hat. Wohin ist das Problem dann wieder gekommen — na, was glauben Sie, wohin? Zur UN. Da hat man geschimpft: Die UN, die kann das nicht — aber trotzdem schickt man alles zu uns zurück.

ZEIT: Gut, wenn der politische Wille grundsätzlich fehlt, warum kann die UN das Problem dann besser lösen?

Waldheim: Ich sage ja nicht, daß die UN es lösen oder besser lösen wird. Ich sage nur, daß man etwas braucht, um das Vakuum aufzufüllen. Nach dem Scheitern der Pariser

Weltwirtschaftskonferenz hat die UN einen eigenen Ausschuß gegründet, der sogar gewisse Teilfortschritte erzielt hat. Drei konkrete Beispiele: Man hat einen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung geschaffen (eine Milliarde Dollar), der zu gleichen Teilen, zu 50 Prozent aus Beiträgen der Industriestaaten und zu 50 Prozent aus Beiträgen der Opec-Staaten, gespeist wird.

Das zweite Beispiel ist ein Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise. Bitte, das wird das Problem nicht lösen, aber es ist ein erster Anfang. Und schließlich das dritte Beispiel: die Schaffung eines Interim-Fonds von 250 Millionen Dollar, um den Transfer von Technologie an die Entwicklungsstaaten zu fördern. Auch das ist ein bescheidener Anfang, aber ich erwähnte diese Beispiele nur, damit Sie sehen, daß es sehr wohl richtig war, diese

Probleme an die Vereinten Nationen zurückzuverweisen.

ZEIT: Die UN leidet ja nicht nur unter einem Mangel an Macht und politischem Willen, sondern auch unter dem Zusammenprall von widerstreitenden Prinzipien — wie etwa zwischen „Nichteinmischung“ und „Menschenrechten“. Wie verträgt sich der Grundsatz der Nichteinmischung mit der Forderung nach Beseitigung des südafrikanischen Regimes? Wenn die territoriale Unversehrtheit aller Staaten sakrosanktes Gebot ist, wieso hat die UN dann eine Organisation wie die PLO anerkannt, die ja erklärterweise die Existenzrechte Israels abstreitet?

Waldheim: Wir versuchen, realistisch an die Probleme heranzugehen. Die Prinzipien lassen sich nicht immer verwirklichen. Die Charta erlaubt uns nicht, uns in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates einzumischen. Umgekehrt haben wir die Menschenrechtsdeklaration, die alle Unterzeichner verpflichtet, die Menschenrechte voll zu respektieren. Hier ergibt sich ein gewisser Widerspruch, weil wir immer wieder von Regierungen zu hören bekommen: „Euch geht das nichts an!“ Wir wieder sagen: „Aber nach den Menschenrechten dürft's Ihr die Leut' nicht einsperren und mißhandeln!“

ZEIT: Und wie lösen Sie den Widerspruch?

Waldheim: In der Regel damit, daß ich persönliche interveniere. Allerdings verweise ich immer darauf, daß ich dies aus rein humanitären Erwägungen tue, ohne mich einzumischen zu wollen. Ich mache das immer wieder und zum Teil mit erfreulichen Ergebnissen. Nur kann ich über diese Ergebnisse nicht

Quelle

Datum

öffentlich sprechen, weil keine Regierung es gern sieht, daß man öffentlich erklärt: „Sie haben die Menschenrechte verletzt und haben dann auf Grund der Intervention des Generalsekretärs Konzessionen gemacht.“ Für mich ist das Wohl der Betroffenen die Richtschnur und nicht die Publizität.

ZEIT: Zurück zum Prinzipienkonflikt: Der Völkerbund ist ja auseinandergebrochen, weil er unfähig war, Staaten wie Abessinien oder China gegen die Angreifer aus Italien oder Japan zu schützen. Sehen Sie in den Vereinten Nationen ähnliche Konflikte heraufziehen, die dereinst eine ähnliche Wirkung zeitigen könnten wie die Entwicklung der dreißiger Jahre?

Waldheim: Ich habe derartige Anschuldigungen in der westlichen Presse verschiedentlich gelesen; ich möchte sie kategorisch zurückweisen. Ich sehe durchaus keine Anzeichen für eine derartige Entwicklung. Im Gegenteil: Ich sehe immer mehr, daß die Probleme zu den Vereinten Nationen zurückkommen, weil sie weder bilateral noch regional gelöst werden konnten. Ich sehe auch mit Genugung, daß immer mehr Staatsoberhäupter, Regierungschefs, Außenminister zur Generalversammlung der Vereinten Nationen kommen, heuer sogar der Papst. Sie alle benutzten dieses Forum, um entweder, wie der Papst, Friedensappelle zu verkünden oder um ihre bilateralen Probleme hier unauffällig mit den Kollegen zu erörtern, was ein sehr wichtiger Aspekt der Vereinten Nationen ist. Diese weltpolitischen Führungspersonalitäten kommen ja nicht nach New York, weil sie das Lincoln Center besichtigen oder in die Oper gehen wollen. Dies ist das wichtigste

und beste Forum, um der Welt die außenpolitische Position des jeweiligen Staates deutlich zu machen.

Zweitens sehen die Politiker in der UN einen Treffpunkt, wo sie ihre eigenen Probleme erörtern können. Selbst Israels ehemaliger Außenminister Abba Eban, der sicher kein Freund der Vereinten Nationen war, hat einmal gesagt: „In vierzehn Tagen hier in New York habe ich mehr an bilateralen Problemen meines Landes lösen können als mein gesamtes Korps an Botschaftern während des gesamten Jahres.“ Wir haben über 130, 140 Minister in den ersten drei, vier Wochen der Generalversammlung im Gebäude. Da gibt's kein Protokoll; sie setzen sich in eine Ecke und verhandeln ihre Probleme, oder sie treffen sich in ihren jeweiligen Missionen. Keine Staatsdiner oder überflüssige Sachen: nur *business*.

ZEIT: Daß die UN ein wichtiges Forum oder einen globalen Klub abgibt, wo sich die Herrschenden zum ungestörten Plausch hinter den Kulissen treffen können, wird ja auch im Westen nicht bestritten. Das Unbehagen bezieht sich viel mehr auf die unsäglichen „automatischen Mehrheiten“, auf die „Tyrannei“ der Dritten und kommunistischen Welt, die den Westen immer mehr in die Defensive gedrängt hat.

Waldheim: Wir dürfen nicht vergessen, daß die Vereinten Nationen die geopolitische Struktur der heutigen Welt widerspiegeln, die sich in den letzten 34 Jahren drastisch verändert hat. Damals zählten die Vereinten Nationen 51 Mitglieder, heute sind es 152, in der Mehrheit Staaten der Dritten Welt.

Sicherlich stimmt es, daß die Entwicklungsländer gerade in Wirtschaftsfragen eine gemeinsame Position vertreten. Auch bei einer gewissen Anzahl politischer Probleme, besonders im Zusammenhang mit dem Entkolonialisierungsprozeß im südlichen Afrika, treten die Staaten der Dritten Welt geschlossen auf. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß die Entscheidungen dieser Staaten von ihren verschiedenen Interessen und Ideologien bestimmt werden, die sehr häufig zu einem unterschiedlichen Verhalten bei Abstimmungen führen. Eine achtlose Verwendung des Schlagwortes von einer „automatischen Mehrheit“ hält somit einer näheren Betrachtung nicht stand.

ZEIT: Hat sich denn das Klima verändert seit den verbissenen Grabenkämpfen, die in den Generalversammlungen von 1975, 1974 ausgefochten wurden — als die berüchtigte „Zionismus gleich Rassismus“-Resolution verabschiedet wurde, als PLO-Chef Arafat mit umgeschnallten Pistolenhalfter vor der Versammlung sprach?

Waldheim: Diese turbulenten Auseinandersetzungen hatten ja auch eine Ventilfunktion, denn damit ist alles an die Oberfläche gekommen, was in den Menschen gekocht hat. Seitdem ist zumindest ein Gespräch zustande gekommen, auch wenn es nicht immer erfolgreich war. Immerhin: Ich glaube, daß die Vereinten Nationen ihren wesentlichen Anteil zur Aussprache geleistet haben. Nach den unfruchtbaren Auseinandersetzungen der Vorjahre hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß eben pragmatische, realistische Verhandlungen den einzigen Ausweg bieten. Nur: Wir dürfen etwa die Entwicklung einer neuen

Weltwirtschaftsordnung nicht auf Jahre hinausziehen; dann könnte sich wieder eine Radikalisierung einstellen.

ZEIT: Hat sich in den letzten drei Jahren auch die Politik des Westens geändert — im Vergleich zu 1975/76, als der amerikanische Chef-Delegierte Patrick Moynihan einen harten Kurs gegenüber der Dritten Welt einschlug?

Waldheim: Ja, die hat sich auch geändert. Ich möchte hier vor allem die Haltung der Bundesrepublik, Frankreichs und einer Reihe nordischer Staaten hervorheben. Eine gewisse negative Haltung hat einem größeren Verständnis für die Kompliziertheit der Fragen Platz gemacht. Bei der Bundesrepublik ist es auch darauf zurückzuführen, daß sie ein aktives Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, vor allem auch durch die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat in den letzten zwei Jahren.

972140

M 2

Quelle **ZEI** Die Zeit

Datum 23. Nov. 1979 4 8

CA/ 3

972141

ZEIT: Wo liegen die Schwachstellen der UN, wo sind Reformen nötig?

Waldheim: Ich möchte zuerst auf ein Mißverständnis verweisen, das häufig Grund für die Kritik der Öffentlichkeit an den Vereinten Nationen ist. Die UN war niemals als Weltregierung gedacht. Was die Charta der Vereinten Nationen den Staaten bietet, ist ein Mechanismus, der beträchtliche Möglichkeiten gibt, Konflikte zu bereinigen. Die Weltorganisation kann aber nur so effektiv sein, wie die Mitgliedstaaten es selbst wollen.

Natürlich gibt es in der Organisation eine Reihe von Schwachstellen, die nach Reformen verlangen. Diese werden auch laufend durchgeführt, wie z. B. die Reorganisation der Arbeitsmethoden der Generalversammlung. Naturgemäß müssen bei einer Mitgliedzahl von 152 Staaten andere Prozeduren zur Anwendung kommen als es 1945 der Fall war, als die Organisation nur 51 Mitglieder hatte.

ZEIT: Sie haben ihre Arbeit als „schwierigsten Job der Welt“ bezeichnet. Ist er das wirklich?

Waldheim: Ich muß sagen, er ist noch schwieriger, als ich ihn mir bei Beginn meiner Tätigkeit vorgestellt hatte, weil der Generalsekretär immer wieder vor unlösbaren Problemen steht. Wenn die Regierungen nicht mehr imstande sind, ihre Probleme zu lösen, dann kommen sie zum Generalsekretär und erwarten, daß er es tut. Wenn ich imstande bin, eine Krise zu bereinigen, bricht der Konflikt nicht aus, und meistens weiß man gar nicht, daß der Generalsekretär sich eingeschaltet hat; es wird ihm also nicht gutgeschrieben. Wenn aber der Konflikt ausbricht, dann heißt es: „Ja, warum hat der Generalsekretär nichts gemacht?“ Also daher meine Frustration, weil ich sehr oft mehr machen möchte, aber dazu nicht in der Lage bin — wegen der Grenzen des Amtes und wegen der mangelnden Kooperationswilligkeit der Mitgliedstaaten. Ich bin ein Einmannbetrieb. Die wichtigen Entscheidungen muß ich ganz allein treffen. Doch mein Instinkt hilft mir sehr viel.

ZEIT: Hat Sie Ihr Instinkt je fehlgeleitet?

Waldheim: Ich kann mich nicht daran erinnern.

Das Interview
führte Josef Joffe